



Wirtschaftsweise warnen: Sozialabgaben werden zum Wachstumsrisiko

Ute Pappelbaum

Deutschlands führende Wirtschaftsberater zeichnen ein düsteres Bild der wirtschaftlichen Lage. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat seine Wachstumsprognose für 2026 drastisch von 0,9 auf nur noch 0,5 Prozent gesenkt. Für 2027 erwarten die sogenannten Wirtschaftsweisen lediglich noch ein Wachstum von 0,8 Prozent.

Das ist politisch brisant — und für die Versicherungs- und Vorsorgebranche hochrelevant.

Sozialabgaben fressen Kaufkraft auf

Der Mechanismus ist simpel: Steigende Beiträge zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung reduzieren das verfügbare Einkommen der Beschäftigten. Gleichzeitig steigen die Lohnnebenkosten für Unternehmen.

Beides belastet die Wirtschaft:

- Unternehmen investieren vorsichtiger,
- private Vorsorge wird schwieriger finanzierbar.

Genau darin liegt die eigentliche Sprengkraft der Warnung. Denn seit Jahren fordert die Politik mehr Eigenverantwortung bei Altersvorsorge, Pflege und Gesundheitsabsicherung. Gleichzeitig entzieht das umlagefinanzierte System vielen Haushalten zunehmend die finanzielle Grundlage dafür.

Der Effekt ist längst sichtbar: Werden Sozialabgaben und Lebenshaltungskosten höher, geraten private Rentenverträge, Zusatzversicherungen oder betriebliche Altersversorgung zuerst unter Druck. Vorsorge wird dann nicht aus Überzeugung gestrichen, sondern aus Liquiditätsmangel.

Versicherungsbranche gerät in ein strategisches Dilemma

Für Versicherer entsteht daraus ein strukturelles Problem.

Einerseits wächst der Bedarf an privater Vorsorge:

- gesetzliche Renten geraten unter Druck,
- Pflegekosten steigen,
- Leistungen der gesetzlichen Systeme werden knapper.

Andererseits sinkt die Fähigkeit vieler Haushalte, zusätzliche Vorsorge überhaupt noch zu finanzieren.

Besonders betroffen sind:

- betriebliche Altersversorgung,
- private Pflegezusatzversicherungen,
- Krankenzusatzprodukte,
- fondsgebundene Altersvorsorge.

Denn genau diese Produkte konkurrieren direkt mit steigenden Pflichtabgaben um das frei verfügbare Einkommen der Kunden.

Arbeitgeber stehen ebenfalls unter Druck

Hinzu kommt die Belastung der Unternehmen. Steigende Sozialbeiträge erhöhen die Arbeitskosten in einer Phase ohnehin schwacher Produktivität und hoher Unsicherheit.

Für Mittelstand und Handwerk wird das zunehmend relevant. Gerade kleinere Unternehmen reagieren auf steigende Lohnnebenkosten oft mit:

- zurückhaltenderen Neueinstellungen,
- geringeren Gehaltssteigerungen,
- Einsparungen bei freiwilligen Sozialleistungen.

Das trifft wiederum die bAV besonders empfindlich.

Die eigentliche Botschaft der Wirtschaftsweisen

Das Frühjahrsgutachten markiert deshalb mehr als eine normale Konjunkturkorrektur. Der Sachverständigenrat beschreibt indirekt ein strukturelles Problem des deutschen Sozialstaats: Die Finanzierung der bestehenden Systeme wird selbst zum Wachstumsrisiko.

Damit verschiebt sich auch die politische Debatte. Künftig dürfte es stärker um folgende Fragen gehen:

- Wie hoch können Sozialbeiträge noch steigen?
- Wie lange bleibt Arbeit in Deutschland wettbewerbsfähig?
- Wer finanziert Pflege und Rente künftig?
- Und wie soll private Vorsorge funktionieren, wenn immer weniger Netto vom Brutto übrig bleibt?

Für die Versicherungsbranche ist das keine abstrakte Makrofrage. Es betrifft das Kerngeschäft.

Denn ein Staat, der mehr Eigenvorsorge fordert und gleichzeitig die finanzielle Spielräume dafür verengt, produziert am Ende genau das Gegenteil dessen, was er erreichen will.

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Frühjahrsgutachten 2026; Tagesschau, 27. Mai 2026.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950008/wirtschaftsweise-sozialabgaben-wachstumsrisiko-versicherungen/>